



# Fokus Iran

Center for Middle East and Global Order (CMEG)



© by Darafsh, CC BY-SA 4.0

## ÜBERSICHT

Irans Parlament hat ein umstrittenes Hidschab-Gesetz verabschiedet, das Geld- und Haftstrafen für Frauen vorsieht, die sich in der Öffentlichkeit ohne die staatlich verordnete Kleidung zeigen. Wir untersuchen die möglichen Szenarien, die sich im Land abzeichnen, zumal die anhaltende Auseinandersetzung zwischen Staat und Gesellschaft eine neue Stufe erreicht hat.

Auf internationaler Ebene fand der sog. Gefangenenaustausch zwischen Teheran und Washington statt, in dessen Zuge Iran Zugang zu seinen eingefrorenen Vermögenswerten i. H. v. \$6 Milliarden aus Südkorea erhielt. Wir erörtern zwei Hauptgründe, die die Islamische Republik dazu veranlassen könnten, in Zukunft möglicherweise weitere westliche Geiseln zu nehmen.

Im Feld der Sicherheitspolitik kündigte der saudische Kronprinz Mohammad bin Salman an, dass die Normalisierung der Beziehungen zwischen seinem Land und Israel von Tag zu Tag voranschreitet. Wir gehen den Auswirkungen dieser Entwicklung auf Iran nach, zumal Teheran die Entspannung zu Riad als Triumph gegen und auf Kosten von Israel darstellt.

## Inhalte

**Innenpolitik** | Neues Hidschab-Gesetz: Staatliche Rache gegen Frauen | [S. 2](#)

**International** | Teheran feiert „Gefangenenaustausch“ als Sieg revolutionärer Prinzipien | [S. 3](#)

**Sicherheit** | Normalisierung zwischen Israel und Saudi-Arabien: Was hieße das für Iran? | [S. 4](#)



## NEUES HIDSCHAB-GESETZ: STAATLICHE RACHE GEGEN FRAUEN

Nur wenige Tage nach dem Todestag von Mahsa Jina Amiri hat das iranische Parlament ein [Gesetz verabschiedet](#), das Strafen für Frauen verschärft, die sich weigern, in der Öffentlichkeit den obligatorischen Hidschab zu tragen, sowie für jene, die sie dabei unterstützen. Der Gesetzentwurf, der von 152 Abgeordneten des 290 Sitze zählenden Parlaments gebilligt wurde, muss noch vom Wächterrat ratifiziert werden, einem ultrakonservativen klerikalen Gremium, das als Verfassungshüter fungiert. 34 stimmten dagegen und sieben enthielten sich. Das Gesetz würde für einen vorläufigen Zeitraum von drei Jahren in Kraft treten. Das neue „Keuschheit und Hidschab“-Gesetz weitet den Strafraum auch auf GeschäftsinhaberInnen aus, die Frauen bedienen, die sich nicht an den Hidschab halten, sowie auf AktivistInnen, die dagegen Widerstand leisten. Wer gegen die Vorschriften verstößt, muss nun mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren rechnen, v.a. wenn die Tat vorsätzlich begangen wurde. Ziel dieses Gesetzes ist die Wiedererlangung der Kontrolle über Frauen durch härtere und umfassendere Strafen.

Auch bislang mussten Frauen in Iran schon mit Geld- bis hin zu Haftstrafen rechnen, wenn sie sich nicht an die Hidschab-Vorschriften halten. [Seit 1996](#) sieht Artikel 638 des Islamischen Strafgesetzbuchs auch Haftstrafen von zehn Tagen bis zwei Monaten Gefängnis, 74 Peitschenhiebe oder eine Geldstrafe von 50.000 bis 500.000 Rial vor. Darüber hinaus können laut Artikel 639 Frauen wegen Prostitution oder „Förderung der Prostitution“ angeklagt werden, wenn sie sich gegen das Tragen des Schleiers wehren oder für das Recht der Frau eintreten, sich so zu kleiden, wie sie es möchte – was mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren geahndet wird.

Das neue Gesetz geht noch weiter, indem es das Erscheinen in der Öffentlichkeit ohne Hidschab, sei es persönlich oder in den sozialen Medien, mit einem Schaden für die Gesellschaft und „Nacktheit“ gleichsetzt. Der Gesetzentwurf sieht eine Reihe zusätzlicher Strafen vor, darunter Geldstrafen, Beschränkungen des Zugangs zu Bankkonten, Beschlagnahmung von Privatfahrzeugen, Reisebeschränkungen, Verbote von Online-Aktivitäten und Haft-

strafen. So sollen Frauen, die den Hidschab nicht tragen, durch Überwachungskameras identifiziert und mit [Geldstrafen](#) von 60 Millionen Rial (ca. \$120) bis 2,8 Milliarden Rial (ca. \$565) belegt werden. Zum Vergleich: Das durchschnittliche Monatsgehalt in Iran liegt zwischen \$150 und \$200. Für die Durchsetzung der Hidschab-Gesetze sind die Polizei, die paramilitärischen Basij-Truppen und die Justiz verantwortlich.

Die reformorientierte Tageszeitung [Ham-Mihan](#) kritisierte den Gesetzentwurf und betonte, dass die Regierung die veränderte Haltung der neuen Generationen in Bezug auf Religion anerkennen sollte. Sie hebt hervor, dass dieser Gesetzentwurf den Hidschab in eine „politische Frage“ verwandelt, was „erhebliche Kosten“ nach sich ziehen wird. Auch der iranische Abgeordnete [Jalil Rashidi](#) warnte, dass diese Strafen „die öffentliche Unzufriedenheit nur weiter verstärken werden“.

### WAS BEDEUTET DAS?

Wie erwartet, hat das Regime nach seinem Durchgreifen auf den Straßen während des einjährigen Jahrestags der Ermordung Aminis ein schärferes Vorgehen gegen die Gesellschaft eingeleitet. Offenbar glaubt die iranische Führung, dass die Fähigkeit und die Hoffnung der Menschen auf eine neue Protestwelle geschwunden sind, was dem Regime die Möglichkeit gibt, seine repressiven Maßnahmen zu verstärken. Auch das kürzlich verabschiedete iranische Hidschab-Gesetz soll die jüngst vom Regime betriebene „Eskalation der Strafmaßnahmen“ niederschreiben – eine „Rache“ gegen „Frauen, die die ‚Frau, Leben, Freiheit‘-Bewegung angeführt haben und anführen“, wie CMEG Senior Fellow Azadeh Pourzand in einem [CNN-Interview](#) erklärte.

Angesichts der Unterdrückung von Straßenprotesten, hat sich der Widerstand in Iran in diesem Jahr verlagert, nicht zuletzt auf zivilen Ungehorsam von hunderttausenden Frauen, die das Kopftuch auf den Straßen ablegen. Vor diesem Hintergrund versucht die Islamische Republik nun, die Kosten dieses zivilen Ungehorsams zu erhöhen. Der Gesetzentwurf sieht zwar vor, dass Überwachungskameras eingesetzt werden, um Frauen ohne Hidschab zu identifizieren, doch sind die Möglichkeiten des Regimes in dieser Hinsicht derzeit bei Weitem nicht ausreichend. Daher werden Polizeibeamte und Basij-Kräfte an vorderster Front stehen, wenn es darum geht, Frauen auf der Straße zu [fotografieren](#) und zu identifizieren, wie jüngst in den

sozialen Medien kursierende Videos zeigen.

Die Islamische Republik hat in den letzten Jahren massiv an Legitimität eingebüßt, insbesondere nach den revolutionären „Frau, Leben, Freiheit“-Protesten von 2022. Angesichts dieser Umstände ist es wahrscheinlich, dass sich die politische Landschaft des Landes in Zukunft weiter polarisieren wird. Dies schafft die Voraussetzungen für einen anhaltenden Kollisionskurs zwischen Staat und Gesellschaft. Einerseits kann die iranische Führung, wenn sie sich den Protesten und dem Druck nicht beugt, versuchen ihre Kontrolle über die Bevölkerung weiter auszubauen. Andererseits, wenn die iranischen BürgerInnen keine andere Wahl haben, als für ihre Grundrechte gegen ein unreformierbares Regime zu kämpfen, wird sich **mittelfristig**

wahrscheinlich weiterhin eine konfrontative Dynamik zwischen beiden Seiten entfalten. In diesem Sinne hieß es in einem in der [New York Times](#) jüngst erschienenen Brief der prominenten Menschenrechtsverteidigerin Narges Mohammadi aus dem berüchtigten Evin-Gefängnis: „Das Regime scheint absichtlich eine Kultur der Gewalt gegen Frauen zu propagieren. Wir werden von unserem Überlebenswillen angetrieben, ob wir nun im Gefängnis sind oder draußen. Die gewalttätige und brutale Unterdrückung durch die Regierung mag die Menschen manchmal von der Straße fernhalten, aber unser Kampf wird weitergehen bis zu dem Tag, an dem das Licht die Dunkelheit besiegt und die Sonne der Freiheit das iranische Volk umarmt.“



 INTERNATIONAL

## TEHERAN FEIERT „GEFANGENEN-AUSTAUSCH“ ALS SIEG REVOLUTIONÄRER PRINZIPIEN

Kürzlich wurde der sog. Gefangenenaustausch zwischen Iran und den USA mit der Ankunft von fünf amerikanischen Geiseln in ihrem Heimatland abgeschlossen – davon ausgeschlossen ist jedoch z.B. der lange Zeit in Kalifornien lebende und zum Tode verurteilte Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd. Die Islamische Republik ließ die Geiseln frei, kurz nachdem bestätigt worden war, dass eingefrorene iranische Gelder i. H. v. von \$6 Milliarden auf iranisch kontrollierte Bankkonten in Katar überwiesen worden waren. In einem Social-Media-Beitrag des Gouverneurs der iranischen Zentralbank (CBI), Mohammad-Reza Farzin, vom August hieß es, die Gelder würden nicht, wie in einigen Berichten behauptet, an die katarische Zentralbank überwiesen, sondern „auf Konten von sechs iranischen Banken in Katar und werden für den Kauf von nicht-sanktionierten Waren über Bankzahlungen verwendet“.

Teheran besteht darauf, dass es über die Verwendung der Gelder frei entscheiden kann, während die Biden-Administration stets betont, dass diese ausschließlich für nicht-sanktionierte, humanitäre Güter wie Lebensmittel und Medikamente bestimmt sind und dies auch von ihr überwacht würde. So erklärte Präsident Raisi Mitte Sep-

tember in einem [Interview mit dem US-Sender NBC](#), dass die Islamische Republik über Zuweisung und Verwendung der eingefrorenen \$6 Milliarden entscheiden werde. Der Koordinator für strategische Kommunikation im Weißen Haus, John Kirby, entgegnete jedoch, dass diese Aussage „schlichtweg falsch“ sei. In der Zwischenzeit hat *Jâm-e Jam*, eine der staatlichen Islamic Republic of Iran Broadcasting (IRIB) angeschlossene Tageszeitung, ein [Interview mit Mojtaba Yousefi](#), einem Mitglied des Parlamentsvorstands, veröffentlicht, der darin behauptete, dass die Freigabe der iranischen Vermögenswerte auf „Widerstand“ und nicht auf Verhandlungen zurückzuführen sei, sodass Iran sein Ziel auf der Grundlage „revolutionärer Prinzipien“ erreicht habe.

### WAS BEDEUTET DAS?

Die Regierung Biden hat versucht, den in- und ausländischen Kritikern des sog. Gefangenenaustauschs entgegenzutreten, indem sie behauptet, dass die \$6 Milliarden keine Lösegeldzahlung seien, sondern dass es sich um iranische Eigenmittel handele. Außerdem betont das Weiße Haus, dass Teheran dieses Geld ausschließlich für humanitäre Zwecke wie Lebensmittel und Medikamente verwenden darf. Es gibt jedoch **zwei wichtige Aspekte**, die in Washington anscheinend übersehen werden: **Erstens** empfindet die Islamische Republik diese Vereinbarung als Triumph, da die Gelder ursprünglich aufgrund von Sanktionen im Zusammenhang mit dem iranischen Atomprogramm eingefroren waren.

Nun hat Teheran jedoch Zugang zu diesen Geldern erhalten, ohne wichtige Zugeständnisse in Bezug auf sein Atomprogramm zu machen, da es Berichten zufolge lediglich zugestimmt hat, die Urananreicherung auf 60% zu begrenzen, d.h. auf ein Niveau, das nicht waffenfähig ist.

**Zweitens** ist die Art und Weise, in der Iran die freigegebenen \$6 Milliarden verwenden kann, ggf. nicht das Hauptproblem. Selbst wenn wir Washingtons Darstellung der ausschließlich humanitären Verwendung der Gelder und seiner Aufsicht darüber Glauben schenken, bleibt ein **mittelfristiges** Problem bestehen: Die Islamische Republik könnte diese Gelder zwar für Lebensmittel und Medika-

mente verwenden, dies böte der Führung aber die Möglichkeit, andere Einnahmen, z.B. durch Umgehung von bestehenden Sanktionen, zur Stärkung seines Sicherheitsapparats im Inland und für seine destabilisierenden Aktivitäten im Ausland zu verwenden. Es sollte daher nicht überraschen, wenn Iran in Zukunft eher geneigt und ermutigt ist, weitere amerikanische oder westliche Geiseln zu nehmen. Im iranischen Kontext wird die Geisel- und Erpressungs-Strategie als revolutionär angesehen und von hochrangigen Regime-Vertretern als erfolgreicher politischer und wirtschaftlicher Gewinn gepriesen, welcher kaum mit Risiken verbunden sei.



## SICHERHEIT

# NORMALISIERUNG ZWISCHEN ISRAEL UND SAUDI-ARABIEN: WAS HIEßE DAS FÜR IRAN?

In einem [Interview mit dem US-Sender Fox News](#) vom 20. September erklärte der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman (MbS), dass die laufenden Gespräche mit Israel zu einer Normalisierung der Beziehungen führen könnten und betonte, dass dies „jeden Tag näher rückt“. In Bezug auf Iran erklärte er, wenn Teheran eine Atomwaffe erwerbe, müsse auch Riad eine bekommen. Diese Äußerungen von MbS folgten auf ein Treffen zwischen US-Präsident Joe Biden und dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu am Rande der UN-Vollversammlung, bei dem beide Regierungschefs positive Erwartungen hinsichtlich eines israelisch-saudischen Abkommens äußerten. Wie Netanjahus Büro später [mitteilte](#), ging es beim Treffen in erster Linie um Strategien, um ein Friedensabkommen zwischen Israel und Saudi-Arabien zu schmieden.

Irans Offizielle äußern häufig, die jüngste Normalisierung der Beziehungen zwischen Teheran und Riad gehe auf Kosten Israels und betonen, die Einheit der beiden Länder würde die muslimische Welt gegen Israel und die USA stärken. Die den Revolutionsgarden zugeordnete Nachrichtenagentur *Fars* versuchte kürzlich durch ein [Interview](#) mit einem iranischen Diplomaten und ehemaligen Sprecher des Außenministeriums, Ramin Mehmanparast, diese Regime-Lesart wieder in den Vordergrund zu hieven.

## WAS BEDEUTET DAS?

Die Regierung Raisi hat ihren außenpolitischen Ansatz immer wieder als Musterbeispiel für Effektivität dargestellt und ihre angeblichen Erfolge in den Bereichen „Nachbarschafts“- und „Blick nach Osten“-Politik hervorgehoben. In diesem Zusammenhang bestand das Hauptziel der Islamischen Republik darin, das Abkommen mit dem langjährigen regionalen Rivalen Saudi-Arabien als einen monumentalen Durchbruch in der geopolitischen Landschaft der Region darzustellen, der die außenpolitischen Errungenschaften Irans unterstreicht. Tatsächlich betrachtet Teheran die Entspannung zu Riad als einen potenziellen Störfaktor für den Status-Quo im Nahen/Mittleren Osten, v.a. im Hinblick auf die Stellung Israels und der USA.

Die jüngsten Äußerungen von Mohammed bin Salman verdeutlichen jedoch eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen der eigenen Wahrnehmung der iranischen Behörden und den Realitäten in der Region. Es ist **mittel- und langfristig** unwahrscheinlich, dass Iran seine Unterstützung für die von ihm angeführte regionale „Achse des Widerstands“ aufgeben wird, die sowohl Israel als auch Saudi-Arabien ein Dorn im Auge ist. Gerade dieser Kontext inmitten der Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Israel zeigt die potenziellen künftigen Herausforderungen für die Tragfähigkeit des iranisch-saudischen Entspannungsabkommens auf. Wie zwei CMEG-Forscher in einem aktuellen [Beitrag für Qantara.de](#) schreiben, hat der Iran-Saudi-Deal von März diesen Jahres ein außenpolitisches Dilemma für

das iranische Regime heraufbeschworen und dessen zwei großstrategische Präferenzen auf potenziellen Kollisionskurs miteinander gebracht: „Sollte der Iran seine Unterstützung für bewaffnete nichtstaatliche Akteure im Nahen Osten aufrechterhalten, riskiert er einerseits Spannungen mit China und setzt möglicherweise seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Peking aufs Spiel. Ande-

rerseits könnte die Islamische Republik durch eine Schwächung der ‚Achse des Widerstands‘ an Einfluss und ‚strategischer Tiefe‘ in der Region verlieren und somit anfälliger für Druck von außen werden.“



## Über CMEG

Das Center for Middle East and Global Order (CMEG) ist ein unabhängiger, transnationaler Think-Tank, der sich der Erforschung der Transformationsprozesse in Iran, dem Nahen/Mittleren Osten und der Weltordnung widmet.

Unsere Mission ist es, innovative Analysen zum besseren Verständnis dieser laufenden geopolitischen und internen Machtverschiebungen und ihrer Dynamiken zu liefern sowie nachhaltigen Frieden und Entwicklung für den Nahen/Mittleren Osten durch eine neue Außenpolitik zu fördern, die Interessen und Werte in Einklang bringt.

## Schon unseren Newsletter abonniert?

Um auf dem Laufenden zu bleiben, was unsere Pläne für diesen Herbst und andere Aktivitäten betrifft, melden Sie sich [hier](#) für unseren Newsletter an.

## Impressum

Center for Middle East and Global Order (CMEG)  
c/o Betahaus GmbH  
Rudi-Dutschke-Str. 23  
10969 Berlin  
Germany  
[www.cmeg.org](http://www.cmeg.org)  
[info@cmeg.org](mailto:info@cmeg.org)